

Schmiedtbauer: Hoffnungsschimmer bei Präsentation von misslungenen EU-Kommissionsvorschlägen zu Pflanzenschutzreduktion und Renaturierung

Utl.: Kommissionsvizepräsident Timmermans kündigt Studie zur Auswirkung des Green Deals auf die Ernährungssicherheit im Lichte der russischen Invasion in der Ukraine an

Brüssel, 24. Juni 2022. „Die Vorschläge der EU-Kommission zur Pflanzenschutzreduktion und Renaturierung, nach denen unter anderem der Pflanzenschutzmittel-Einsatz bis 2030 verpflichtend halbiert werden soll, kommen zur völlig falschen Zeit und ignorieren alle Stimmen, die auf eine Verschiebung gepocht haben. Wir dürfen unsere Produktion in Zeiten der Krise nicht einschränken. Gerade jetzt brauchen die Landwirtinnen und Landwirte einen vollen Werkzeugkasten. Der Green Deal muss ein Zukunftsprogramm werden, statt unsere Ernährungssicherheit und unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu schwächen. Einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt es aber: Der zuständige EU-Kommissar Frans Timmermans hat bei der Präsentation der Gesetzesvorschläge angekündigt, dass die EU-Kommission eine Studie über die Auswirkungen des Green Deals auf die Ernährungssicherheit im Lichte der russischen Invasion in der Ukraine plant und je nach dem Ergebnis der Studie auch bereit wäre, ihre Vorschläge zum Green Deal zu überarbeiten. Das habe ich seit Beginn der russischen Invasion gefordert und jetzt bewegt sich die EU-Kommission erstmals ein Stück weit“, sagt Simone Schmiedtbauer, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament.

„Ob diese Studie tatsächlich frei von Ideologie sein wird, bleibt abzuwarten. Außerdem gibt es immer noch keinen Zeitplan für die Studie. Dennoch ist es ein erster Schritt der EU-Kommission auf dem wir hoffen, aufbauen zu können. Denn der Handlungsbedarf ist groß: Der EU-Green-Deal sollte nicht nur grün, sondern muss auch ein Deal für die Wirtschaft und die Landwirtschaft sein, damit er in die Tat umgesetzt werden kann. Mit einseitigem Verboten ohne Alternativen aufzuzeigen kommen wir nicht weiter. Wir dürfen die Wirtschaft und Landwirtschaft nicht aus Europa vertreiben. Wenn wir weiterhin heimische, produzierende bäuerliche Familienbetriebe haben wollen, muss die Europäische Kommission ihren Kurs endlich korrigieren“, sagt Schmiedtbauer.